

## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 410 -

SITZUNG VOM

30. November 1992

### PROTOKOLL

---

der 27. Sitzung  
Doppelsitzung

**Datum:** Montag, 30. November 1992

**Zeit:** 18.00 bis 21.45 Uhr

**Ort:** Singsaal Lättenwiesen

**Vorsitz:** Ratspräsident David Häne

**Protokoll:** Roger Würsch

**Anwesend:** 35 Mitglieder

**Abwesend:** Markus Goetschi (Militär)

#### Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 26. Sitzung vom 2. November 1992
3. Motion GPK, Personalplanung und Verwaltungsorganisation, Begründung
4. Altersabteilung - Altersberater/in, Schaffung einer definitiven Stelle
5. Budget 1993 (Eintretensdebatte, Investitionsrechnung)



SITZUNG VOM

30. November 1992

**1. Mitteilungen**

- 1.1 Kleine Anfrage Kurt Schwaighofer, "Ueberqueren der Thurgauerstrasse von Güggelfelderstrasse"** S 4.3

Mit Beschluss Nr. 367 vom 10. November 1992 hat der Stadtrat die Kleine Anfrage von Kurt Schwaighofer beantwortet.

- 1.2 Büro-Gemeinderat** V 4.3.2

Ratspräsident David Häne informiert über die Arbeit des Büros. Auf Anregung aus dem Rat wurde die Sitzordnung und der Sitzungssaal überprüft. Andere Sitzordnungen und Saalmöglichkeiten wurden in Erwägung gezogen. Die Alternativen bringen keine Vorteile gegenüber der heutigen Lösung, daher wird an dieser festgehalten.

Im weiteren hat das Büro aus eigener Initiative innerhalb der Fraktionen abgeklärt, ob diese einem generellen Sitzungsbeginn von 18.00 Uhr zustimmen könnten. Das Echo aus den Fraktionen war mehrheitlich negativ, so dass dieses Projekt nicht mehr weiter verfolgt wird.

Das Büro bittet die Mitglieder von vorberatenden Kommissionen, darauf zu achten, dass keine Mitteilungen aus diesen Kommissionen bereits in der Öffentlichkeit erscheinen, bevor ein definitiver Bericht und Antrag eingereicht wird.

- 1.3 Kleine Anfrage Felix Widmer, "Betrieb der erweiterten Abwasserreinigungsanlage"** K 1.2.3

Das Büro des Gemeinderates hat am 24. November 1992 die Kleine Anfrage betreffend "Betrieb der erweiterten Abwasserreinigungsanlage" von Felix Widmer erhalten. Nach der heutigen Bekanntgabe im Rat hat der Stadtrat bis zum 30. Januar 1993 Zeit, diese Kleine Anfrage zu beantworten.

- 1.5 Allgemein** V 4.3.1

Folgende Unterlagen waren in der Aktenaufgabe einsehbar:

- Protokoll der 35. und 36. Bürositzung
- Offene Geschäfte Gemeinderat
- Richt- und Nutzplanung Oberhauserriet (Ergänzung), Genehmigung durch den Regierungsrat (RRB Nr. 3028/1992), Staatsrechtliche Beschwerde an das Bundesgericht
- Schreiben SR an Büro, betreffend Interessengemeinschaft Kehrichtsackgebühr Zürcher Unterland (IG KSG)



SITZUNG VOM

30. November 1992

**2. Protokoll der 26. Sitzung vom 2. November 1992**

Werner Erni (FDP) regt an, dass auf technische Hinweise im Protokoll eher verzichtet werden soll, da die Fehlerquelle relativ gross ist (z.B. S. 402: Der Druckausgleich findet nicht über den Zürichsee statt, sondern über das Leitungsnetz der Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal (GVG), welches u.a. mit Zürichseewasser gespeisen wird).

**Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.**

**3. Motion GPK "Personalaufwand und Verwaltungsorganisation",  
Begründung**

P 1.5.1

Ratspräsident David Häne informiert den Rat, dass ein Antrag der Motionäre eingegangen ist. Diese wollen die Begründung auf zwei Personen aufteilen (Redezeit teilen). Die Geschäftsordnung des Gemeinderates sieht dies nicht vor. Daher fragt David Häne den Rat an, ob er mit einer einmaligen Ausnahme einverstanden ist und diesem Antrag zustimmen kann.

**Der Rat stimmt diesem Antrag mit grossem Mehr zu.**

Walter Epli und Hans Jörg Stahl begründen die von der GPK eingereichte Motion. Sie zeigen vorallem auf, dass nach ihrer Meinung die Steigerung des Personalaufwandes in keiner Relation mit dem Wachstum der Gemeinde und der Teuerung steht. Die Motion verlangt vom Stadtrat, Lösungen aufzuzeigen, mit welchen der Personalaufwand um 5 - 10 % gesenkt werden kann (wirksam auf das Budget 1996).

Der Stadtrat wird eingeladen, an der Februarsitzung zu erklären, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen.

**4. Altersabteilung - Altersberater/in, Schaffung einer definitiven  
Stelle**

P 1.9.3/P 1.9.4

Die Sprecherin der GPK-Mehrheit, Christine Schärer, informiert über den knappen Ausgang der Abstimmung in der GPK (3:3, Stichentscheid Präsident). Es gibt drei Meinungen: 1. Altersberatung ist wichtig, die Stelle wird gebraucht; 2. Altersberatung ist wichtig, aber andere Lösung; 3. Altersberatung braucht es nicht. Die GPK-Mehrheit vertritt klar die 1. Variante. Im März 1989 wurde im Gemeinderat mit grossem Mehr dem Bericht der Spezialkommission Gibeleich zugestimmt (welcher aus dem Altersheimskandal hervorging). In diesem Bericht wird die Schaffung einer Stelle für Koordination und Beratung vorgeschlagen. Heute geht es um das Bereitstellen von Geld für unsere älteren Mitmenschen und nicht um eine Bestrafung des Stadtrates. Christine Schärer stellt einige Fragen zum persönlichen Einsatz im Bereich Altersbetreuung / Altersberatung. Sie ist der Ansicht, dass nur derjenige gegen diese Stelle stimmen kann, der all diese Fragen mit "Ja" beantworten kann. Sie kann es nicht und ist daher froh, wenn jemand die Verantwortung mitträgt. Sie beantragt, diese Stelle zu bewilligen.



SITZUNG VOM

30. November 1992

Fritz Schär vertritt die Meinung der GPK-Minderheit. Anfänglich war nur eine 50%-Stelle geplant, nun wird aber eine 100%-Stelle beantragt. Der Ressortvorstand sieht selber die Möglichkeit, die Stelle auf 80% zu reduzieren. Die GPK-Minderheit ist nicht gegen die Stelle der Altersberaterin, sondern der Ansicht, dass der Stadtrat diese Stelle nochmals überarbeiten soll und (im Sinne der Stellenplafonierung) durch Umorganisation die nötigen Stellenprozente an anderen Stellen abbauen soll. Er stellt auf den Schluss der Beratung folgenden Rückweisungsantrag:

*Der Antrag über die Genehmigung der Schaffung einer Stelle für die Altersberatung ist an den Stadtrat zurückzuweisen. Nach Ueberprüfung des Umfanges ist die Stelle ohne Erhöhung des bestehenden Stellenplanes bis März 1993 zu realisieren.*

Stadtrat Erich Klaus erwähnt ebenfalls den Bericht der Spezialkommission Gibeleich, aus welchem das Altersleitbild und die beantragte Stelle entstanden ist. Niemand hat sich bei diesen Gelegenheiten gegen diese Stelle gewendet, was ganz klar einem Auftrag für die Schaffung dieser Stelle gleichkam. Zudem liegt eine klare, schriftliche Stellungnahme der ref. Kirche vor, dass diese der Altersberatung in Zukunft nicht mehr im gleichen Umfang nachkommen kann. Im weiteren nimmt Stadtrat Erich Klaus zu einigen Punkten aus dem Artikel der FDP im Stadt-Anzeiger Stellung. Er berichtigt mehrere Aussagen und weist Vorwürfe klar zurück.

In der Folge entwickelt sich eine umfassende Diskussion über die beiden Anträge. Die Sprecher folgender Fraktionen sprechen sich für eine Rückweisung aus: SVP (Eduard Tellenbach), CVP (Kurt Schwaighofer), GV-Mehrheit (Felix Widmer), FDP (Fritz Stoll). Es wird betont, dass die Stelle und die Dienstleistungen unterstützt werden, dass die Stadt jedoch für diese Stellenprozente andere Prozente abbauen soll. Zudem wird das Verhalten des Stadtrates, der 2.5 Jahre eine Stelle aufrechterhalten hat und erst jetzt die definitive Bewilligung einholt, als falsch erachtet, da dadurch ein grosser Druck aufgebaut wurde.

Folgende Fraktionen sprechen sich gegen den Rückweisungsantrag und für die stadträtliche Vorlage aus: NIO (Antonia Banz), EVP/LdU (Walter Berner, Heinrich Schlatter), GV-Minderheit (Franz Schneller).

Zusätzlich zu den Fraktionsvoten melden sich noch zahlreiche Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zum Wort. Ratspräsident David Häne wehrt sich gegen den Vorwurf der unvollständigen Aktenauflage (Valentin Perego). Stadtrat Jürg Leuenberger wehrt sich, dieses Geschäft bereits mit einer noch nicht überwiesenen Motion zu verknüpfen. Zudem ist er nicht sicher, ob ein "herumschieben" von Stellenprozente innerhalb der Verwaltung gemäss der heutigen Gemeindeordnung überhaupt möglich ist.

Carmen Seebacher (NIO) beantragt eine Abstimmung unter Namensaufruf.

Nach einer langen Diskussion schlägt Martin Zwyssig Schmid (SP) den Abbruch der Diskussion vor und stellt einen diesbezüglichen Ordnungsantrag.

**Dieser Ordnungsantrag wird mit 24 zu 7 Stimmen gutgeheissen.**

**Der Antrag um Namensaufruf erhält weit mehr als 9 Stimmen und ist somit auch angenommen.**

Die Abstimmung über die Rückweisung ergibt folgendes Resultat:



SITZUNG VOM

30. November 1992

David Häne	NIO	Nein
Rudolf Anliker	SVP	Ja
Ruth Aschwanden	GV	Ja
Erich Bader	EVP	Nein
Antonia Banz	NIO	Nein
Walter Berner	LdU	Nein
Werner Brühlmann	FDP	Ja
Peter Bühler	FDP	Ja
Florian Caprez	SVP	Ja
Andreas Denzler	NIO	Nein
Walter Epli	CVP	Ja
Werner Erni	FDP	Ja
Christian Götz	NIO	Nein
Hans A. Kohler	FDP	Ja
Charles Kulli	EVP	Nein
Valentin Perego	FDP	Ja
Maya Rüegg	SP	Nein
Fritz Schär	FDP	Ja
Christine Schärer	NIO	Nein
Dieter Schlatter	LdU	Nein
Heinrich Schlatter	EVP	Nein
Ernst Schmid	CVP	Ja
Kathrin Schmid Zwyszig	NIO	Nein
Marc Schmid	EVP	Nein
Franz Schneller	GV	Nein
Kurt Schwaighofer	CVP	Ja
Carmen Seebacher	NIO	Nein
Hans Jörg Stahl	SVP	Ja
Albert Steffen	SVP	Ja
Anton Steiner	CVP	Ja
Fritz Stoll	FDP	Ja
Eduard Tellenbach	SVP	Ja
Bruno Tenger	GV	Ja
Felix Widmer	GV	Ja
Martin Zwyszig	SP	Nein

Der Antrag um Rückweisung wird ~~sonst~~ mit 19:16 Stimmen gutgeheissen.



SITZUNG VOM

30. November 1992

4. Altersabteilung - Altersberater/in, Schaffung einer definitiven Stelle

P 1.9.3/P 1.9.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag von Fritz Schär und die heutigen Beratungen -

### BESCHLIESST:

1. Der Antrag über die Genehmigung der Schaffung einer Stelle für die Altersberatung wird an den Stadtrat zurückgewiesen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, die Stelle nach der Ueberprüfung des Umfanges und ohne Erhöhung des bestehenden Stellenplanes, bis März 1993 zu realisieren.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - Stadtrat
  - Fürsorgebehörde
  - Alterskommission
  - Sozialabteilung
  - Altersberatung
  - Finanzverwaltung
  - Stadtkanzlei

Im Anschluss an dieses Traktandum findet von 20.00 Uhr bis 20.20 Uhr eine Pause statt. Das Gourmi, Opfikon, sorgt für die Verpflegung.



## 4. Budget 1993 (Eintretensdebatte, Investitionsrechnung)

F 4.6.7

Der Ratspräsident erklärt das Vorgehen zur Genehmigung des Voranschlages für das Jahr 1993. Es folgen eine

- Eintretensdebatte
- Detailberatung  
Investitionsrechnung  
Laufende Rechnung
- Antrag der RPK zum Steuerfuss und Kanalzins
- Schlussabstimmung

Die Eintretensdebatte wird heute geführt. Die Abhandlung der Investitionsrechnung erfolgt nur, falls diese vor 21.40 Uhr begonnen werden kann.

**EINTRETENSDEBATTE:**

Der Präsident der RPK, Werner Erni, macht folgenden Vorschlag zum Vorgehen: die Diskussion über den Kanalzins soll separat, exkl. den Steuereinnahmen, erfolgen. Dies heisst: 1. Voranschlag behandeln (Kapitelweise: 50, 10, 15, etc.); 2. Kanalzins festlegen; 3. Steuern festlegen. Zudem hat sich die Situation um die ARA verändert (+ ca. Fr. 600'000.-- laufende Rechnung; + ca. 3'000'000.-- Investitionen). Vom Stadtrat wird ein schriftlicher Bericht über die Kanalzinsen/Steuern unter diesen neuen Voraussetzungen bis nächsten Montag erwartet. Bis zum 7. Dezember werden auch noch die Positionen "Löhne" etc. des Budgets überarbeitet, sodass die bereinigten Zahlen vorliegen sollten und folgerichtig beschlossen werden kann (Pauschalbeschluss). Die Investitionsrechnung wird noch ohne die ARA-Zusatzinvestitionen behandelt.

Der Rat hat gegen dieses Vorgehen nichts einzuwenden.

Werner Erni macht u.a. folgende Aussagen:

- Die RPK ist einstimmig der Meinung, dass die Abwasserbeseitigungskosten nach dem Verursacherprinzip gedeckt werden sollten. Sie schlägt deshalb eine Klägebühre von Fr. 2.95/m<sup>3</sup> vor (Kanalzins von 225% der jährlichen Wasserbezugskosten). Mehrheitlich wird zudem vorgeschlagen, vorläufig auf zusätzliche Abschreibungen zu verzichten. Diese Entlastungsmassnahmen entsprechen rund 6 Steuerprozenten.
- Zudem schlägt die RPK einstimmig weitere Kürzungen von Fr. 385'500.-- vor, was einem weiteren Steuerprozent entspricht.
- Die RPK erachtet einen Steuerfuss von 90% als möglich.
- Die gesamten Personalkosten werden 1993 um über 4,4% steigen. Bei einer Teuerungszulage von nur 1% reduziert sich der Aufwandüberschuss um rund Fr. 500'000.-- (inkl. Schule).
- Die Finanzlage der Gemeinde hat sich verschlechtert, sieht aber nicht so düster aus, wie dies vom Finanzvorstand gezeigt wird.
- Obwohl der Stadtrat anlässlich der Vorstellung der städtischen Bauten erwähnte, dass wegen der Bauten die Steuern nicht erhöht werden müssten, begründet er kein halbes Jahr später die Steuererhöhung um 10% (unter anderem) mit diesen Neubauten. Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit?
- Wenn Zeiten auf Sturm stehen, muss zuerst gespart und erst im Nachgang die Steuern erhöht werden.
- Das Vorgehen der RPK mit den provisorischen Anträgen wurde zum Teil von Stadträten falsch verstanden. Die Atmosphäre in den Gesprächen war teilweise recht aggressiv.
- Die RPK bittet um Eintreten in die Budgetverhandlungen.



SITZUNG VOM

30. November 1992

Stadtrat Karl Pfister informiert aus der Sicht des Stadtrates.

- Es wird erstmalig über eine Steuererhöhung entschieden. Dies ist unpopulär und keine leichte Aufgabe und sollte daher gemeinsam angegangen werden.
- Ziel: Den Finanzhaushalt stabilisieren, später verbessern.
- Die Folgejahre sind im Antrag der RPK zu wenig berücksichtigt worden. Als Hilfsmittel für diese Folgejahre dient der Finanzplan. Daher werden einige Zahlen aus diesem Finanzplan erwähnt.
- Die Steuererträge für 1993 wurden vom Stadtrat zu hoch angesetzt.
- Der Selbstfinanzierungsgrad wird um 45% sinken. Dies ist unverantwortbar.
- Das Reinvermögen wird bis 1996 auf Fr. 0.-- abgebaut sein. Dank dem wird keine Nettoschuld eingegangen.
- Das Fremdkapital wird auf über 100 Mio. Fr. ansteigen (bis Ende 1996).
- Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden steht Opfikon nicht schlecht.
- Der Gemeinderat wird ersucht, auf die Vorlage einzutreten.

In den folgenden Fraktionsstellungen wird kein anders lautender Antrag gestellt. Die einzelnen Sprecher gehen auf die momentane Finanz- und Wirtschaftslage ein und geben ihre Vorstellung über die Erhöhung des Steuerfusses bekannt. NfO (Andreas Denzler) 10%; FDP (Valentin Perego) möglichst klein; CVP (Walter Epli) höchstens 3 - 5%; SVP (Eduard Tellenbach) max. 3%; LdU (Walter Berner) keine Richtzahl; GV (Felix Widmer) ca. 7%.

Werner Erni (RPK) erwähnt, dass mit den Kürzungsvorschlägen am Sozialnetz der Stadt nicht gerüttelt wird, da keine Kürzungen das Sozialamt betreffen.

**Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen**

#### DETAILBERATUNG:

##### Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen (VV) (Voranschlag Seiten 90 bis 102)

Es zeigt sich, dass die RPK nur einen Antrag hat und aus dem Rat keine weiteren Anträge vorliegen. Die RPK ist bereit, diesen Antrag zurückzuziehen, falls keine weiteren Änderungen vorgenommen werden müssen (Arbeitsaufwand), hält den Antrag aber noch formell offen, da der Stadtrat in diesem Bereich bis zum nächsten Montag noch neue Angaben zur ARA liefern wird.

Valentin Perego (FDP) stellt dem Stadtrat zwei Fragen betreffend ausstehenden Subventionen und Erschliessungsgebühren, welche von Stadtrat Bruno Tantanini beantwortet werden. Diese Punkte sind im Budget 93 berücksichtigt.

Die Abstimmung folgt am 7. Dezember 1992.

##### Investitionsrechnung im Finanzvermögen (FV) (Voranschlag Seiten 107 bis 109)

Es liegen keine Anträge vor, und es werden auch keine Anträge eingebracht.

**Der Investitionsrechnung im Finanzvermögen wird ohne Gegenantrag zugestimmt.**

Die Schlussabstimmung über die Investitionsrechnung erfolgt ebenfalls am 7. Dezember nach der abschliessenden Behandlung der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen.



## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 418 -

SITZUNG VOM

30. November 1992

### Schluss der Sitzung

---

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. David Häne macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, 8180 Bülach.

Opfikon, 2. Dezember 1992

Für richtiges Protokoll  
Der Ratssekretär:



R. Würsch



## PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 419 -

SITZUNG VOM

30. November 1992

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:

*D. Kress*

14.12.92

Der 1. Vizepräsident:

*F. Schuller*

7.12.92

Der 2. Vizepräsident:

*F. Kasper*

7.12.92

C/GRPROTZ

